

„Wir sind dafür ...“

Positionen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Landesverband Bremen e. V.,
zu sozial- und verbandspolitischen Themen

im Juni 2005



Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind dafür: Mit diesem Positionspapier möchte der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Bremen e.V. mit Ihnen ins Gespräch kommen. Seit November 2004 ist der neu-gewählte Vorstand im Amt. Wir haben die Zeit genutzt, um über wichtige sozial- und verbandspolitische Themen zu diskutieren und unsere Meinung dazu aufzuschreiben.

Wir sind dafür: Unser Ziel ist es nicht nur, Forderungen zu stellen und Kritik zu formulieren. Vielmehr machen wir konstruktive Vorschläge für die Zukunft des Sozialen im Bundesland Bremen.

Wir sind dafür: Wir freuen uns auf Ihre Reaktion – Zustimmung oder Widerspruch und wünschen uns eine engagierte Debatte auch über den Verband hinaus.

Herzliche Grüße

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Gerd Wenzel". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Gerd Wenzel
Vorstandsvorsitzender

Warum tun wir was wir tun?

Gemeinnützige Organisationen sind ein zentraler Baustein unserer Gesellschaft - neben erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, staatlichen Institutionen und dem privaten Handeln von Bürgerinnen und Bürgern. Im Bereich Sozialer Arbeit wird diese „Vierte Kraft“ immer wichtiger, um Soziale Hilfe- und Dienstleistungen anzubieten, verteilungspolitische Vorgaben und Alternativen zu thematisieren und Innovationen im zukunftsträchtigen Markt der persönlichen Dienstleistungen zu entwickeln.

Der Paritätische bietet sich als Problemlöser für gemeinnützige Organisationen im Bereich Sozialer Arbeit an. Die Dienstleistungen unseres Verbandes versetzen Mitgliedsorganisationen in den Stand, das Management ihrer Arbeit zu reflektieren und zu verbessern. Der Paritätische unterstützt bei der Suche nach Finanzierungsformen, beim Organisieren, Personal gewinnen und führen, Verträge schließen, Konflikte lösen, Kooperieren und bietet vielfältige Unterstützung für Mitgliedsorganisationen in „Nöten“. Unsere Informationen, Beratung, Interessenvertretung können die Arbeit der Mitgliedsorganisationen substantiell unterstützen. Wir stärken somit das Beste unserer Mitglieder, d.h. deren Kompetenz, Engagement und Erfahrung. Und vor allem: „Keine Mitgliedsorganisation ist alleine“!

Wir fördern Vernetzungen unserer Mitgliedsorganisationen, um ein differenziertes, aber aufeinander abgestimmtes Leistungsangebot aufzubauen, das den individuellen Bedürfnissen betroffener Menschen möglichst optimal entspricht. Gerade in ambulanten und teilstationären Versorgungsbereichen werden vernetzte Strukturen mit klar definierten Schnittstellen (Kommunikation, Leistungsabgrenzung, Verantwortlichkeit) zu qualitativ besseren Leistungen führen.

Wir unterstützen unsere Mitgliedsorganisationen mit dem Ziel, dass diese ihre Leistungen qualitativ hochwertig und preiswert erbringen, um so im Wettbewerb bestehen zu können. Wir erwarten, dass der Wettbewerb im Sozialen Bereich durch

staatliche Gesetzgebung, knappe öffentliche Mittel und verstärkte europäische Freizügigkeit bei der Erbringung von Sozialen Dienstleistungen zunehmen wird.

1. Nachrangigkeit staatlicher Angebote:

Das Prinzip der Subsidiarität

Der Paritätische ist für eine Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips in der Wohlfahrtspflege. Staatliche Hilfe- und Dienstleistungsangebote sind nachrangig: In erster Linie sind die Selbstorganisationskräfte der Bürgerinnen und Bürger (incl. der verwandtschaftlichen, freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Netze) zu aktivieren. In zweiter Linie sind gleichermaßen gemeinnützige Organisationen und erwerbswirtschaftliche Unternehmen gefragt, die notwendige Hilfe- und Dienstleistungen anbieten. Dabei gelten für die professionelle Erbringung persönlicher Dienstleistungen die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, der Qualitätsorientierung und der Leistungstransparenz. Als gemeinnützige Organisation fördert der Paritätische insbesondere die Gemeinwesen-orientierung. Wir erwarten, dass der Staat Bürgerengagement und das Subsidiaritätsprinzip aktiv unterstützt. Erst in dritter Linie sind staatliche Institutionen gefordert, selber Hilfe- und Dienstleistungen anzubieten, wenn diese von gemeinnützigen und erwerbswirtschaftlichen Organisationen nicht erbracht werden.

**Nachrangigkeit
staatlicher
Angebote**

Der Paritätische wird Mitgliedsorganisationen besonders unterstützen, die die Selbstorganisationskräfte der Bürger und Bürgerinnen mit ihrem professionellen Dienstleistungsangebot vernetzen.

2. Ordnungspolitisches Selbstverständnis:

Konzentration staatlicher Institutionen auf ihre Kernaufgaben

Die Kernaufgabe des Staates ist eine ordnungspolitische: „eine Ordnung zu sichern, in der die Würde des Menschen respektiert und geschützt ist, in der die elementaren Bedürfnisse der Menschen nach innerer und äußerer Sicherheit, Freiheit und Chancengleichheit befriedigt werden“ (Ulrich K. Preuß). Auf dieser Basis bieten Soziale Hilfe- und Dienstleistungsorganisationen ihre Kompetenzen und Leistungen an.

**Ordnungs-
politisches
Selbstverständnis**

3. Konzentration auf Kernaufgaben:

Die Rolle der Senatorischen Behörde für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Die Senatorische Behörde hat im Rahmen ihres Sicherstellungsauftrags ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot Sozialer Hilfe- und Dienstleistungen zu gewährleisten. Wir erwarten auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips eine enge Zusammenarbeit mit unserem Verband. Die Senatorische Behörde als Vertreterin des Landes Bremen bzw. die Kommunen Bremen und Bremerhaven erfüllen auf diese Weise die gesetzlichen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger, die der Hilfe bedürfen. Ein vertraglich vereinbartes, transparentes und unbürokratisches fachliches und finanzwirtschaftliches Controlling sichert die vereinbarten Standards. Die Behörde ist Vertragspartner der gemein-nützigen und erwerbswirtschaftlichen Organisationen und steht diesen auf Augenhöhe gegenüber.

**Konzentration auf
Kernaufgaben**

4. Rück-Übertragung von Aufgaben:

Sozialstaat und Bürgergesellschaft

Der Paritätische gestaltet in den nächsten Jahrzehnten einen fundamentalen Umbauprozess mit: Sozialstaatliche Leistungen, die in den vergangenen Jahrzehnten ausgebaut wurden, müssen punktuell wieder vom Staat an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Dieser Prozess ist je nach Arbeitsfeld finanziell und / oder demographisch diktiert, birgt aber auch Chancen: Selbstorganisationskräfte der Gesellschaft und der Individuen werden zukünftig koordiniert, vernetzt und gestärkt. Privates Engagement, freiwilliges Geben von Zeit und Geld werden gefördert. Gleichzeitig wird einer zunehmenden Vereinzelung entgegengewirkt.

Der Paritätische und seine Mitglieder organisieren verstärkt private Initiativen und Engagements - vernetzt mit ihrem professionellen Dienstleistungsangebot - als Alternativen und Gegenkräfte zu staatlichem Handeln.

Rück-Übertragung von Aufgaben

5. Gewaltenteilung:

Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen

Wir sitzen als Bürgerinnen und Bürger nicht alle „in einem Boot“, denn die einen sind auf Luxusyachten unterwegs, die anderen rudern im Beiboot. Ebenso haben Menschen in Politik, Verwaltung, erwerbswirtschaftlichen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen unterschiedliche Positionen und Interessen. Konsensorientierung führt nicht immer zu sinnvollen Ergebnissen; phasenweise sind vielmehr die Betonung und Herausarbeitung von Unterschieden, Widerständen und Widersprüchen konstruktiver als der Konsens.

Wir sind als Paritätischer bereit, uns diesen unterschiedlichen Interessenlagen zu stellen, in der Diskussion nach außen, aber auch nach innen im Verhältnis zu unseren Mitgliedsorganisationen.

Gewaltenteilung

6. Transparenz:

Ausgaben für Soziale Hilfe- und Dienstleistungen sind Kosten, aber auch Investitionen

Ausgaben für den Sozialbereich werden in der öffentlichen Diskussion primär als Kostenlast der öffentlichen Haushalte Bremens definiert. Dabei werden die höchst unterschiedlichen Finanzierungsanteile, z.B. aus privatem Einkommen und Vermögen, aus Spenden, aus Sozialversicherungskassen, öffentlichen Haushalten außerhalb Bremens nicht ausreichend berücksichtigt. Neben dem Nutzen für die individuellen Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe- und Dienstleistungen haben diese Ausgaben jedoch immer auch erhebliche regionalwirtschaftliche und steuerliche Effekte. Diese gilt es regelmäßig zu analysieren und darzustellen.

Transparenz

7. Gemeinnützigkeit:

Nutzen für die regionale Ökonomie

Das zentrale Unterscheidungsmerkmal zwischen gemeinnützigen und erwerbswirtschaftlichen Unternehmen ist das Verbot für gemeinnützige Organisationen, Gewinne an Privatpersonen auszuschütten: Wenn „Nonprofit-Organisationen“ (besser: Not-for-private-profit-Organisationen) Gewinne machen, müssen sie innerhalb der gemeinnützigen Sphäre verwendet werden. Der Markt der Sozialen Hilfe- und Dienstleistungen war in den letzten Jahren der Jobmotor in Bremen. Vor diesem Hintergrund macht Wirtschaftsförderung für gemeinnützige Organisationen doppelt viel Sinn. Deshalb plädiert der Paritätische für die Ausweitung der öffentlichen Investitionsförderung auf gemeinnützige Hilfe- und Dienstleistungsorganisationen.

Gemeinnützigkeit

8. Marktwirtschaft:

Es gibt schrumpfende, aber auch wachsende Teilmärkte für Soziale Hilfe- und Dienstleistungen

Die Dynamik von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Soziale Hilfe- und Dienstleistungen bietet Chancen. Es gibt zwar Monopolnachfrager auf Seiten der Öffentlichen Hand, und in Teilbereichen werden absolut oder relativ weniger Mittel ausgegeben. In anderen Teilbereichen werden jedoch für neue Zielgruppen bzw. neue Hilfe- und Dienstleistungen neue Ressourcen bereit gestellt, etwa durch die Öffentliche Hand, die Krankenkassen, durch die abzusehende Reform der Pflegeversicherung, durch den verstärkten Einsatz privater Mittel. Der Paritätische verharret nicht beim Status Quo, sondern forciert auch „Forschung und Entwicklung“ im Bereich Sozialer Hilfe- und Dienstleistungen. Neben der klassischen Lobbyarbeit können auch Investitionen in Produktentwicklung und Marketing zu Marktzugängen und Expansion führen.

Marktwirtschaft

9. Gesetzliche Leistungsansprüche:

Sicherung eines notwendigen Angebots für die Betroffenen

Die Sparmaßnahmen der Öffentlichen Hand werden auch vor den gesetzlichen Leistungsansprüchen der betroffenen Menschen nicht Halt machen. Der Paritätische unterstützt in Präzedenzfällen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den Kommunen Bremen / Bremerhaven oder dem Land Bremen auch im Rahmen gerichtlicher Auseinandersetzungen. Dabei werden durch sorgfältige Dokumentation der Notwendigkeit der Leistung und der erforderlichen Qualität Argumentationshilfen zur Verfügung gestellt.

Gesetzliche Leistungsansprüche

10. Musterentgelte:

Der Paritätische favorisiert Standardkalkulationen für Entgelte

Der Paritätische spricht sich prinzipiell für die Kalkulation von Musterleistungen aus. Auf dieser Basis befürworten wir Standardentgelte für Soziale Hilfe- und Dienstleistungen, auf die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des staatlichen Sicherstellungsauftrags einen Anspruch haben. Auf der Basis von Standardentgelten verhandeln Anbieter von speziellen Leistungen individuell höhere Entgelte für quantitative oder qualitative Leistungen, die im Standardentgelt nicht enthalten sind. Die Einführung von Musterentgelten steht nicht unter dem Primat der Leistungs- und Entgeltabsenkung.

Musterentgelte

11. Öffentlicher Diskurs:

Qualität und Quantität Sozialer Hilfe- und Dienstleistungen müssen ins Rampenlicht der öffentlichen Diskussion

Der Paritätische verstärkt die öffentliche Diskussion über Bedarfe, Angebote, Nutzen und Zufriedenheit mit Sozialen Hilfe- und Dienstleistungen. Die Kontroversen zwischen der Politik, Verwaltung und anderen Institutionen mit den Nutzerinnen und Nutzern sowie den Anbietern der Leistungen werden zukünftig kritischer und öffentlicher geführt.

**Öffentlicher
Diskurs**



Vorstandsmitglieder (von links nach rechts)

| | |
|--|---|
| Helmut Landberg | AfJ e.V. Kinder- und Jugendhilfe Bremen |
| Christina Macholdt | Bremer Werkgemeinschaft e.V. <i>geschäftsführendes Vorstandsmitglied</i> |
| Wolfgang Faulbaum-Decke | Gesellschaft für ambulante psychiatrische Dienste (GAPSY) gGmbH |
| Heinz Bonkowski | Sozialwerk der Freien Christengemeinde e.V. |
| Marie Rösler | Bremer Krebsgesellschaft e.V. |
| Hanna Staud-Hupke | Pro Familia Landesverband Bremen e.V. |
| Johannes Frandsen | Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH <i>geschäftsführendes Vorstandsmitglied</i> |
| Gerd Wenzel | Einzelmitglied <i>Vorstandsvorsitzender</i> |
| Jens E. Schröter | Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger (AGAB) e.V. |
| Thomas Beninde | Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger (AGAB) e.V. |
| Heidi Eikermann | Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. |
| Selim Öztürk nicht auf dem Foto: | |
| Regine Geraedts | Fraueninitiative quirl e.V. |
| Alexander Künzel | Bremer Heimstiftung |



Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Landesverband Bremen e.V.
Eduard-Grunow-Straße 24
28203 Bremen

Telefon 0421 / 791 99-0
Fax 0421 / 791 99-99
e-mail: info@paritaet-bremen.de
www.paritaet-bremen.de